

Saal-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Saal-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Abonnementspreis nach Berlin beträgt 2,00 Reichsmark. Ausland: 2,50 Reichsmark. Einzelhefte 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Druckerei: C. Schöke, Halle. Verantwortlich: Jahn. Verleger: Jahn. Die Zeitungen werden auch Montag-Abend herausgegeben. Die Zeitungen werden auch Montag-Abend herausgegeben. Die Zeitungen werden auch Montag-Abend herausgegeben.

Die Zeitungen, die im gleichen Umfang in der „Mittelddeutschen Zeitung“ erscheinen, beinhalten den gleichen Inhalt. Die Zeitungen, die im gleichen Umfang in der „Mittelddeutschen Zeitung“ erscheinen, beinhalten den gleichen Inhalt. Die Zeitungen, die im gleichen Umfang in der „Mittelddeutschen Zeitung“ erscheinen, beinhalten den gleichen Inhalt.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme

Reichspräsident v. Hindenburg hat das Votum der über die landwirtschaftliche Ausstellung der deutschen Ostsee (vom 22. bis 25. August) übernommen. Der Herr Reichspräsident übermittelte bei diesem Anlaß seine besten Wünsche für den Erfolg der deutschen Ostsee und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Veranstaltung von Vorteil und Segen für die innere Verbindung Ostpreussens mit dem Reich sein möge.

Angesichts des Streites um den Platz für das Reichsarchiv erinnert eine Berliner Zeitung an den ursprünglichen Vorschlag des Reichspräsidenten von Hindenburg, das Reichsarchiv in Berlin zu errichten. Es ließe sich, in der Hauptstadt des Landes das Erinnerungssymbol an die Gefallenen des Weltkrieges zu errichten, wo es allen Volksgenossen leicht zugänglich sei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Anfrage eingebracht, in der sie sich mit dem Verbot des Potemkin-Films befaßt, und die Reichsregierung auffordert, bei der Umsetzung der mit der Filmprüfung Beauftragten darauf zu achten, daß nur Personen betraut werden, die die Gewähr für eine unparteiische, dem Geist der demokratischen Republik entsprechende Tätigkeit bieten.

In der Provinz Brandenburg sind bis heute noch die Erntearbeiter noch keine Forderungen überreicht worden. Der sozialistischen Presse zufolge soll zunächst der Ausgang der Bewegung, der Landarbeiter in Schloffen abgewartet werden, wo man mit dem Ausbruch des Landarbeitersstreiks für Wochenende rechnet.

Aus dem westfälischen Industriegebiet wird heute gemeldet, daß verschiedene Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, Fortschritte der heimischen Industrie auf die wünschenswerten Lohnausgleichungen zu geben, um eine weitere Zunahme von Arbeiterentlassungen zu verhindern. Die Folgen des Frankfurter sind für die dortigen Industrien ruhmlos.

Für die Hochwasserhelfer sind im Reich weitere 2,5 Millionen Mark bereit gestellt. Soweit Berichte der Feststellungskommissionen vorliegen, sind die Verbesserungen des bismarckischen Hochwasserhilfs die schwersten der letzten 15 Jahre.

Nach der gestrigen Kabinettsitzung erklärte der Reichswehrminister Geiger zu mehreren, in Berlin sich aufhaltenden Abgeordneten: Die neuen Forderungen der Erntearbeiter sind für uns unannehmbar.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet: Chamberlains gestrige Rede dränge das überlebende Angebinde, daß England für die Sanfter Wirtschaftung hinsichtlich des Austritts Italiens keine Anträge stellen wolle. Ueber die Frage, ob auch andere Staaten außer Deutschland ständige Mitgliedschaft erlangen sollen, schwebt sich Chamberlain aus.

Nach einer Prager Pressemeldung wird für den 29. August eine Konferenz der Vertrauensmänner der tschechischen Parteien in Deutschland nach Prag einberufen werden. Verhandlungsgegenstand soll u. a. die Lage der tschechischen Staatsangehörigen in Deutschland mit Rücksicht auf die dortige Arbeitslosigkeit sein.

Wie die tschechischen Blätter melden, wird die Spionageuntersuchung gegen den tschechischen Generalstabeschef Gabda von einer dreigliedrigen Kommission, die aus dem Bundesverleumdungsminister, dem Generalstab und dem Justizminister besteht, geführt werden.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, werden in der Nacht im September große französische Truppen abmarschieren, an denen die 41. und die 57. französische Division unter Leitung des Generals Lotze beteiligt sind. Die Trierer Division und die Wiener Luftbrigade werden ebenfalls an den Marsch teilnehmen.

Der Wallländer „Secolo“ meldet aus Rom: Der Faschismus ist in der Kammer immer die Mittel für jedes neue Gesetz an der Hand der Gesetzgebung. Er ist die Hand, die gegen die Schwärze — trägt, während sie endlich mit der Erhebung der Nation gegen den Faschismus und gegen die Welt.

Herriot in Nöten.

Die Aufnahme, die Herriot und seine Ministerliste in der französischen Presse gefunden hat, verpricht wenig Gutes. Und die Bevölkerung ist in ihrer überwiegenden Mehrzahl gerade feindselig gesinnt: für sie ist Herriot schuld an dem neuen Frankfurter und dem Hochschnellen der Preise. Tausend unglückliche Gerichte durchschwirren Paris und steigern die Unruhe. So mußte gestern Abend der Minister des Inneren Chaumets ausdrücklich noch offiziell dementieren, daß die Minister der Finanzen und der Kolonien de Monzie und Darlac zurückgetreten wären und daß gegen Herriot ein Attentat verübt sei. Das „Echo de Paris“ spricht schon ganz offen vom Scheitern Herriots und erwartet das Ministerium der nationalen Einheit unter Poincaré.

Unsichere Aussichten für Herriot.

Wie Panos aus den Verhandlungen der Kammer berichtet, ist abgesehen von der entscheidenden Opposition der republikanisch-demokratischen Vereinigung und der republikanisch-demokratischen Linien, die Stimmung in den Fraktionen bei weitem nicht so einheitlich, wie es gegenüber dem ersten Kabinett Herriot der Fall gewesen ist. Sogar die eigene Mehrheit des Ministerpräsidenten, obwohl er einige Abgeordnete der Mittegruppen als Mitarbeiter berufen hat, nicht geneigt zu sein, diese Gruppen vollständig für seine Politik zu gewinnen.

Aus einigen Mitteilungen über die gestrigen Verhandlungen der Kabinetsmitglieder herangezogen, doch sehr leicht zu sehen, daß die Verhandlungen nicht ohne Schwierigkeiten abgelaufen sind. Eine Anzahl von Mitgliedern des Erziehungsausschusses der radikalen Partei hat an den Parteivorstand Herriot die Aufforderung gerichtet, umgehend eine Vollversammlung des Exekutivkomitees der Partei einzuberufen, um alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der wichtigsten Interessen der Partei zu treffen.

Ministerpostenräuber und Massen-demonstrationen.

Der holländische „Courant“ meldet aus Paris: Die Sozialisten werden für Herriot nicht gesonnen einreten. Rabais heftig gegen Herriot ist die Sprache der sozialistischen „Journal du Peuple“. Es nennt Herriot einen Ministerpostenräuber, der seiner Eitelkeit zuliebe die Lebenshaltung der Arbeiter durch die neue Preisschmelze unangenehm gesteuert habe.

Cool bekommt Prügel.

Der holländische „Courant“ meldet aus London: Das Ende des Bessarabienkriegs ist mit dem offiziellen Einsetzen des Bessarabienkriegs verbunden, das die Unternehmung ausgeprochen, Verhandlungen auf der Grundlage des vorgeschlagenen Schiedsvertrages aufzunehmen. Die Unternehmung haben sich hierzu bereit erklärt. Der Führer des Streiks, General Cool, wurde in Glasgow, wo er vor dem Gewerkschaften inreden wollte, von den empörten Arbeitern tödlich angegriffen und von der Polizei heruntergeschleift. Die Erregung der Gewerkschaften ist die letzte Folge eines Streikverfalls. Die Arbeiter sind außerordentlich stolz und ihre Hoffnungen beschützen.

Der Londoner „Morningpost“ zufolge wird bisher in ganz Großbritannien nur in etwa 600 von insgesamt 3000 Straßen gearbeitet. In allgemeinen sind es kleine Bezirke. Vor drei Wochen wurde in 300 Straßen gearbeitet. Infolge des Kohlenstreikes hat die Erzeugung von Kohlen aufgehört. Bei Beginn des Streikes waren 147 Höfen in Tätigkeit, jetzt keine mehr.

Sucht aus Russland.

Dänische Blätter melden das Eintreffen zahlreicher Arbeiterflüchter aus Sowjetrußland, denen es gelungen ist, Rußland zu verlassen und die nicht zurückkehren wollen. Ihren Berichten zufolge waren infolge des russischen Bürgerkriegs der Streik in etwa 70 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe schon fast Wüsten an, was zu den militärischen Aufgehoben der Sowjetregierung in Sowjetrußland und Rußland Kommando geführt habe.

Amerika und der Frank.

Amerikanische Regierungstreue befürchten, daß das Ende des französischen Kabinettswechsels noch nicht abzusehen sei. Die Einbürgerung des Frankfurter wäre kaum stattdessen, bevor nicht Frankreich auf das Programm des Sachverständigenausschusses zurückkomme. Der selbstbetrieblende Schachfrist Minister erklärte bezüglich der Gerüchte, daß Herriot den französisch-amerikanischen Schuldentilgungsvertrag vor ein Schiedsgericht bringen wolle, für die amerikanische Regierung liegt kein Anlaß für eine Schiedsgerichtsverhandlung vor, da der Vertrag vom Vertreter Frankreichs unterzeichnet ist.

Siberierinnen am Horizont.

Nach Meldungen aus Paris hat sich vor dem Finanzminister de Monzie an das Kolonial- und Handelsministerium nicht geschrieben. Die Kommissar vertritt die Auffassung des neuen Finanzministeriums, er halte den Frankfurter noch heute für minderbefähigt ein Amt eines Finanzministers zu übernehmen und er lehne die internationale Finanzhilfe für die Entwertung der französischen Staatsrenten ab.

Die gestrige Rede von Herriot nahm unter dem Aspekt der nächsten Kabinetsmitglieder, die französische Währung einen übermäßig schwachen Verlauf. Der französische Frank ging teilweise auf den Wert von zwei Cents zurück. Auch am Bondmarkt lagen die französischen Werte gedrückt; andererseits wurden ausgeübte Kapitalkäufe in amerikanischen Effekten für französische Rechnung vorgenommen.

Der Frank ist gegenwärtig in angesehener Tiefen. Mittelmäßig erreicht er an der Berliner Börse den Kurs von 238 Fr. gleich 1 Pf. Sterl. und 100 Fr. gleich 6,06 M.

Englische Heuschreck.

In englischen Unterhaus zeigte Kommissar Smith an den Vertretern des Kriegsausschusses, die Frage, ob man sich bei den zukünftigen Stellen darüber klar sei, daß die Unterbringung der englischen Truppen im Rheinland zu einem Anstieg auf dem Gebiet der Wohnungsverhältnisse für die Bevölkerung geführt habe. Er fragte weiter, ob das Ministerium bereit sei, die Angelegenheit näher zu untersuchen.

Der Unterhausminister im Kriegsministerium, Douglas King, antwortete, er habe keinen Anlaß anzunehmen, daß ein unzulänglicher Mangel bei den Hauptteilen der durch die Belegung mit britischen Truppen verursacht worden sei. „Ich glaube nicht“, fügte er fort, „daß eine allgemeine Unterbringung der Truppen im Rheinland in dem besagten Gebiet ein mögliches geringes Maß an Unruhe“ beinhalten würde.

Von vielen Bemerkungen der Engländer, im letzteren Gebiet ein möglichst geringes Maß an Unruhe zu vermeiden, ist nicht viel bemerkt. Insbesondere ist es in dem schon erwähnten Zusammenhang Königreich, das man ganz andere Erfahrungen gemacht. Aber wenn die deutsche Regierung nicht ernstlich gegen die Heuschrecke vorgeht, warum soll sie die englische Regierung dann von sich aus ausgeben und vor befehligen?

Aus Paris wird von der Marokkofront gemeldet: Die Säuberungsaktion im Frontabschnitt von Jaga ist noch nicht vollendet. Nach einer Denkmalsung aus Rabat sind die französischen Truppen nicht an den verschiedenen Stellen der Front vorgedrückt, haben den Widerstand der Rifisten; die Gegenangriffe unternommen, jedoch nicht brechen können. — Damit wird die Gefahr von einer gemeldeten Niederlage vorläufig ausgeschlossen.

„Diktatur der Impotenz“.

Die Krisis des Parlamentarismus

Ein mächtiger französischer Republikaner, der Herausgeber der „Volonté“, Albert Dubarry, schrieb zu dem Sturz des Kabinetts Briand-Fallaux: „Nach dieses Parlament hat sich als unfähig erwiesen, eine konsequente und wirkungsvolle Kontrolle auszuüben. Eine Mehrheit besitzt nicht, was das die letzte Bestätigung aus neue beweisen hat. Das Land verdrängt es nicht länger, daß es Hunderte Männer, die sich in ihrer Gemeinschaft als unbrauchbar zur Arbeit gezeigt haben, die ... ungeschiehen durch politische Schützen verdrängt werden, und das Land verlangt das Ende dieser Diktatur der Impotenz. Schick sie jenen Herren endlich nach Hause! Wenn das Land die Einigkeit der Parlamentarier für die letzte Krisis erwirbt wird, dann wird es diese Kräfte nicht länger dulden!“

Wer würde bei diesen Worten nicht denken zu inneren, daß es bei uns in Deutschland eigentlich ganz genau so aussieht? Um ein Haar hätten wir in diesem Monat aus Anlaß des Scheiterns des Brünnelkommissionsgesetzes wieder einmal eine Regierungskrisis und möglicherweise Reichstagsauflösung gehabt, wenn der Vater unseres Vaterlandes, Hindenburg, nicht einfach alle Kräfte durch ein energieloses „Nein“ benudet und die Parlamentarier im herkömmlichen Fortschritt ihrer 600 Mark Monatsgehältern und ihrer Geschäftskreise in die Sommerferien hätte gehen lassen. Vielleicht hätte er dabei den Willen hinterlassen: wenn sie einmal ein paar Monate heraus sind aus dem parlamentarischen Geschäft in Berlin, werden sie vielleicht sich etwas an sich selbst und ihren persönlichen Aufgabenfeldern bewahren: für das Volk und das Land etwas zu tun, statt fortwährend zu stehen und nichts richtiges zu bringen, sondern — die „Diktatur der Impotenz“ auszuüben.

Aber nicht nur in Frankreich und nicht nur bei uns geht es so, sondern in allen wirklich parlamentarischen Ländern: bei ihnen allen sind Regierungskrisen zu einer selbstbetrieblichen Begleiterscheinung des politischen Lebens geworden, wie der Reiter Begleiterscheinung eines ungeschickten Kutschmannes ist. Nur zwei Ausnahmen gibt es: England (in dem ein durch und durch unparlamentarisches Volk die Bildung fester Mehrheiten und damit fester Regierungen ermöglicht) und die Vereinigten Staaten von Amerika (in denen die weitgehenden Machtbefugnisse des Präsidenten der Republik, der zugleich Regierungschef ist, nicht nur das ganze Land „tragen“ können, sondern vor allem auch die Politik und Parlamentarier, die Regierungschef und Ministerpräsidenten „tragen“ lassen).

Di Wurzeln des in der ganzen Welt verbreiteten Übels der ständigen Regierungskrisen und der parlamentarischen Impotenz liegt die in Schilddrüsenkrankheit gemahnde Krankheit, daß man in dem parlamentarischen System nicht fröhlich, im Kampf der demokratischen Regierungen, die Parlamentarierfreiheit zur besten Form der Regierung und der gesamten Staatspolitik gemacht hat, aber die Hauptlage verlor; dafür zu sorgen, daß auch immer eine wirkliche Mehrheit da war. Das Entschwindende bei dem ganzen parlamentarisch-demokratischen System, die Machtbefugnisse, die man zu regeln versagen. Das ist etwas so, wie man die Herzen Abgeordneter mit dem wunderlichst angeordneten Reichspflanzen in die Sommerfrische jagen, aber das Volksgeld zu Hause liegen mit dem neuen Gedanken: das wird sich schon von selbst einfinden.

Ganz gewiß werden die Herren Parlamentarier in eigener Sache, wie ich z. B. auf der Sommerreise, besser vorzogen und nicht so fatalistisch die Hauptlage und nervos rerum, das Geld, dem Zuflucht überlassen. Aber an dem nervos rerum politiarum, die Hauptlage der parlamentarischen Politik, um die geordnete Mehrheitsbildung, beizubehalten, sie sich nur herzlich wenig. Ein solches fälschlicher Beweis dafür ist die offene aber stillschweigende Ablehnung, die der Reichstag von der Arbeitgemeinschaft der Volkspartei und Deutschen nationalen im Reichstag Staatsrat erlassen. Warum — zu einer Reichstagsauflösung aus den Parlamentarier — bei der Mehrheit der Abgeordneten erfahren hat.

Interessant ist, daß nun auch der „rote Brief“ in dem letzten bereits fast gitterten Kuchlein in „Berliner Tageblatt“ einen entsprechenden Ruf zur Arbeitgemeinschaft ergehen läßt. Allerdings ruft er andere Kräfte zur Sammlung auf, die er kurz als Republikaner bezeichnet (als ob es nicht auch bei den Demokratischen und Sozialparteilosen überregulierten Republikaner und Sozialisten im Reichstag Staatsrat erlassen). Was er im einzelnen eigentlich vor hat, ist demnach sehr unklar. Nur daß er sich nun

